

Crailsheimer Rundschau

SPD

März 2016

D CR SPD 2016



Liebe Crailsheimerinnen und Crailsheimer!

Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier zu landespolitischen Fragen Stellung zu nehmen. In wenigen Wochen findet die nächste Landtagswahl statt. Am 13. März 2016 haben Sie nur eine Stimme zur Verfügung, um zu entscheiden, wie es in Baden-Württemberg weitergehen wird.

Diese Wahl wird entscheidend dafür sein, ob der Modernisierungskurs, den wir begonnen haben, auch fortgeführt werden kann. Aus meiner Sicht ist es besonders wichtig zu erwähnen, dass Baden-Württemberg mit der derzeitigen Landesregierung ein neues Gesicht bekommen hat. Baden-Württemberg ist sozialer, menschlicher und moderner geworden. Das alles haben wir hinbekommen, ohne die Stärke der wirtschaftlichen Kraft zu schwächen. Wir haben sie nicht nur erhalten, sondern sogar verbessert.

In keiner Zeit in der Geschichte des Landes Baden-Württembergs war die Arbeitslosenquote so niedrig wie unter unserer Regierungszeit. Das ist mir als Sozialdemokrat besonders

wichtig. Die Frage, ob genug Arbeit vorhanden ist, um die Familien zu ernähren ist ein sozial-demokratisches Grundmotiv, um die Rahmenbedingungen für Politik zu gestalten. Ganz wichtig ist auch, dass wir bei weitem die niedrigste Arbeitslosigkeit und auch die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland haben. All diese Erfolge sind möglich geworden, obwohl wir mit dem Tariftreuegesetz und dem Weiterbildungsgesetz auch ganz erhebliche Verbesserungen für die Beschäftigten geschaffen haben. Daraus kann man sehen, dass eine Politik der sozialen Gerechtigkeit und Ausgewogenheit auch zu mehr Wirtschaftswachstum und mehr Beschäftigung führt. Darauf bin ich besonders stolz.

Leider sind auch diese Zeilen begrenzt, es gäbe noch viele interessante Themen.

Ich bitte Sie, am 13. März 2016 um Ihr Vertrauen und möchte Sie nochmals daran erinnern, dass Sie an diesem Wahltag nur ein Kreuz machen können und nur eine Stimme haben, mit der Sie dann über die Zukunft des Landes Baden-Württemberg entscheiden.

Ich werbe dabei um Ihre Stimme und dafür, dass wir auf diesem erfolgreichen Kurs weiter machen dürfen – zum Wohle des Landes und der Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Nikolaos „Nik“ Sakellariou MdL

Gute Gründe, SPD zu wählen:

von Gernot Mitsch

- Caritas lobt Bildungspolitik: Das katholische Hilfswerk Caritas hat vor der Landtagswahl der Bildungspolitik der grünroten Landesregierung ein gutes Zeugnis ausgestellt. Als Beispiele werden von der Caritas der Ausbau der Ganztagschulen sowie die frühen Hilfen genannt. Damit sei vor allem Kindern aus benachteiligten Familien die Türen zu mehr Bildungsgerechtigkeit geöffnet (*HT vom 25. Februar 2016*).

- Die Naturschützer von BUND und NABU fanden im Programm der CDU kaum positive Ansätze und viele angekündigte Rückschritte zum Thema ökologischer Fortschritt. Die Betonung der „Bewahrung der Schöpfung“ reiche nicht, wenn keine Konzepte folgen. Das Programm der FDP entspreche „Ökologie im Rückwärtsgang“. Die Konzepte von Roten und Grünen dagegen stehen für „Nachhaltigkeit, Weiterentwicklung der Öko-Energie, finanzielle Stärkung des Naturschutz sowie nachhaltige Mobilität“ (*HT vom 16. Februar 2016*).

- „Die Reform war überfällig“ – „Man muss der Polizei Zeit lassen, in die neuen Strukturen rein zu kommen“ (*Aus einem Interview mit dem Landeschef der Gewerkschaft der Polizei Rüdiger Seidenspinner HT vom 18. Februar 2016*).

- Die Landeszuschüsse zur Betreuung der unter Dreijährigen betragen 2011 151,5 Millionen, 2016 sind es satte 723,9 Millionen. Damit steht Baden-Württemberg erstmals an der Spitze im Vergleich mit den anderen Bundesländern!

- Die Krankenhausinvestitionen betragen 2015/16 893 Millionen, in den Jahren 2010/11 waren es 680 Millionen. Ein erheblicher Teil hiervon fließt auch in den Neubau des Crailsheimer Klinkums und kommt uns zu Gute!



Jusos aktiv bei der Flüchtlingsintegration

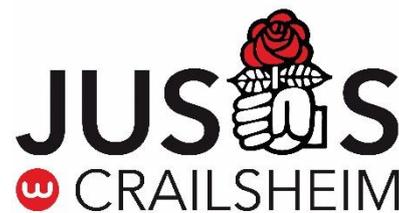
von Ceylan Bisgin und Lemar Akbar

Rund ein Drittel aller nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge sind laut UNICEF Kinder. Dies trifft auch und insbesondere auf die Flüchtlingsunterkünfte in Crailsheim zu. Für die Ehrenamtlichen gibt es hier in der Kinderbetreuung viele Aufgaben, auch die obengenannten Autoren helfen mehrfach in der Unterkunft der alten „Sorglos“-Fabrik, die vom

Landkreis zur Erstunterbringung angemietet wurde.

Geflohen vor Krieg, Terror und Unterdrückung haben sich viele Kinder und ihre Eltern auf den beschwerlichen Weg zu uns gemacht. Damit ihnen der Aufenthalt und die Integration erleichtert wird, unterstützen die JUSOS Crailsheim unsere neuen Freunde. Unser Ziel ist es unsere Kommune bei der Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher zu unterstützen und Vorurteile und Ängste abzubauen.

In unserer jetzigen Situation sind wir auf



jede Hilfe angewiesen und für jede Unterstützung dankbar. Meldet Euch einfach bei uns, wenn auch Ihr mithelfen wollt, damit Integration in Crailsheim gelingt!

E-Mail: jusos@spd-crailsheim.de

Was haben Wohnungsbau und Mindestlohn gemeinsam?

von Wolfgang Ansel

Beide Politikbereiche bergen erhebliche Risiken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland, falls hier falsche oder unzureichende Entscheidungen getroffen und durchgesetzt werden.

Wer glaubt, durch eine Herabsetzung des Mindestlohns für Flüchtlinge die zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Integration von anerkannten Asylbewerbern oder sonst Bleibeberechtigten lösen zu können, irrt. Er spielt vielmehr alle Bewerber um einfache Arbeit gegeneinander aus. Flüchtlinge, die zu Dumpinglöhnen arbeiten können, lassen heimischen Bewerbern in diesem Segment des Arbeitsmarktes kaum eine Chance. Dies birgt massiven gesellschaftlichen Sprengstoff und ist bestens geeignet, Rattenfängern von rechts ihr Handwerk denkbar einfach zu machen. Also Hände weg von Dumpinglöhnen.

Eine ähnliche Konstellation, die ebenfalls für eine einigermaßen verlässliche Flüchtlingspolitik brandgefährlich ist, stellt der Wohnungsbau dar. Hier mangelt es durch massive Versäumnisse aus

der Vergangenheit hinten und vorne an preiswertem, einfachem Wohnraum. Schon jetzt sind die Kommunen nur mühsam in der Lage, ihren Aufgaben bei der Unterbringung von Obdachlosen nachzukommen. Die Situation wird sich in den nächsten Monaten und Jahren erheblich zuspitzen. Hier muss schnell und massiv in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Zusätzlich brauchen wir für Flüchtlinge, die die Sammelunterkünfte verlassen (müssen), einfache, aber menschenwürdige Unterkünfte. Dies wird ein enormer Kraftakt, der aber nicht allein der aktuellen Flüchtlingssituation, sondern auch einer unzulänglichen Wohnbaupolitik in den letzten 20 Jahren zuzuschreiben ist. Es war immer klar, dass die Gesellschaft nicht nur aus einem auskömmlich lebenden Mittelstand besteht, der sich das eigene Haus bzw. die Eigentumswohnung leisten kann. Das politische System in Deutschland steht hier vor einer echten Bewährungsprobe, nämlich kurzfristig einfachen aber soliden Wohnraum in großem Umfang zu schaffen. Auch hier gilt, wer Flüchtlinge gegen die heimische Bevölkerung oder umgekehrt durch eine hilflose Wohnbaupolitik in Stellung bringt, spielt ein gefährliches Spiel.

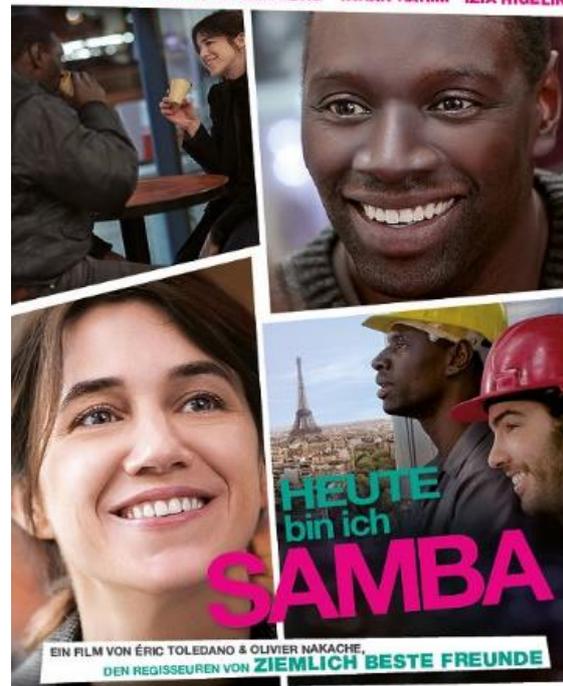
Herzliche Einladung ins Kino!

Der SPD-Ortsverein Crailsheim lädt wie vor jeder Wahl ganz herzlich in das Crailsheimer CineCity ein. Am 09. März findet um 18:00 Uhr die Sondervorstellung von „Heute bin ich Samba“ statt.

Die Komödie von den Machern des Kinoerfolgs „Ziemlich beste Freunde“ handelt von Samba, der seit zehn Jahren illegal in Frankreich lebt und sich von einem Nebenjob zum nächsten hangelt. Als Samba ein unbefristeter Job in Aussicht steht, wenden sich die Behörden gegen ihn und stecken Samba in Abschiebehaft...

Im Anschluss an die Kinovorstellung laden wir Sie ganz herzlich zum gemütlichen Beisammensein und einer Diskussion mit dem SPD-Abgeordneten Nik Sakellariou in die Gaststätte „La Galerie“ ein.

OMAR SY CHARLOTTE GAINSBURG TAHAR RAHIM IZIA HIGELIN





Solidarität statt Hass und Hetze

Von Gernot Mitsch

Wie recht Bertolt Brecht mit seinem Satz hatte und noch immer hat, ist offensichtlich. Der braune Sumpf formiert und artikuliert sich. Die NPD muss nicht mehr verboten werden, längst nehmen andere ihren Platz ein. Der Flüchtlingsstrom hat die Bewegung der Rechtspopulisten beflügelt. Unsere Demokratie ermöglicht diesen Leuten ihr demagogisches Potenzial zum Einsatz zu bringen.

Menschen kommen zu uns, weil sie vor Krieg, Verfolgung und Terror fliehen. Sozialdemokraten

stehen schon aufgrund ihrer Geschichte zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte. Schutzbedürftige aufzunehmen ist Christenpflicht, Bleibeberechtigte zu integrieren eine Selbstverständlichkeit.

„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch.“ – Bertolt Brecht

Gleichzeitig aber fordern wir von unseren Politikern eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen sowie einen unermüdlichen Einsatz für ein faires und funktionierendes Verteilungssystem der Flüchtlinge in Europa.

Deutschland ist ein reiches Land und wir sind froh und stolz hier leben zu dürfen. Flüchtlinge machen uns nicht ärmer. Aber der gesellschaftliche und soziale Zusammenhalt darf nicht aufs Spiel gesetzt werden. Die sozialen Leistungen für die einheimische Bevölkerung sind genauso notwendig wie die Hilfe für die Flüchtlinge. Unsere Gesellschaft darf nicht auseinanderdriften! Neiddebatten haben bei uns keinen Platz, genauso wenig wie Rassismus und Menschenfeindlichkeit!

„Anständige Menschen wählen keine Rassisten!“

Altern in Würde – Der Sozialstaat muss das schaffen

von Roland Klie

Die soziale Absicherung des Alters war einmal eine große Errungenschaft unseres Sozialstaats. Im 21. Jahrhundert droht dieser soziale Fortschritt unter die Räder zu kommen.

Da jeder dritte sozialversicherte Beschäftigte weniger als 2.500 Euro brutto verdient, droht vielen Menschen in unserem reichen Land Altersarmut.

Der Ausbau des Niedriglohnsektors und die Förderung nicht sozialversicherter Arbeit führen dazu, dass viele Beschäftigte künftig von ihrer Rente nicht mehr leben können. Der Sozialstaat kann die Alterung der Gesellschaft auch ohne Leistungsabbau bewältigen.

Eine weitere Senkung des Rentenniveaus muss verhindert werden. Zeiten der Arbeitslosigkeit, Kindererziehung und Pflegen müssen rentensteigernd berücksichtigt werden. Wer aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten kann, darf nicht mit hohen Abschlägen bestraft werden.

Die Rente muss mindestens so hoch sein, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, nicht später zum Sozialamt müssen. Solche wirklichen Reformen würden auch ein Altern in Würde ermöglichen.

Doch nicht nur um die Renten geht es bei dem von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel in der ZDF – Sendung „Maybrit Illner“ geforderten Sozialpaket. Die Menschen sollen merken, „dass ihre Bedürfnisse nicht unter die Räder kommen“. Es müsse mehr Geld für den sozialen Wohnungsbau und mehr Kita-Plätze geben. Außerdem müssen geringen Renten aufgestockt werden. Die Ausgaben für Flüchtlinge sind also mit einem Sozialpaket zu flankieren.

Die SPD hält was sie verspricht?! – Ein Blick zurück auf das Kommunalwahlprogramm

von Dennis Arendt

Fast zwei Jahre sind seit der Kommunalwahl 2014 vergangen, die SPD-Fraktion konnte sich um zwei Plätze vergrößern. Wie vor jeder Wahl verspricht jede Liste den Bürgern möglichst viel, aber was davon wird auch tatsächlich umgesetzt?

Wohl einen der wichtigsten Punkte auf der Agenda nimmt die Stadthalle mit der einhergehenden Sanierung des Volksfestplatzes ein. Mit dem Beschluss ein Sanierungsgebiet aufzustellen, welches sogar noch über dem ursprünglich geplanten Gebiet erweitert wurde, zeigen die Weichen schon einmal in die richtige Richtung. Wie sich die weitere Entwicklung zeigt, bleibt für dieses Jahr abzuwarten.

Das Stadtblatt erscheint kostenfrei in alle Haushalte! Auf Grund eines Rechtsstreits mit der Südwestpresse leider nicht in gewohnter Manier, aber die Stadtverwaltung setzt sich dafür ein, möglichst nah im Rahmen des Möglichen an den alten „Standard“ zurückzukehren.

Weiterhin stehen wir hinter dem „Crailsheimer Weg“. Mehrfach wurde dieser auch in der Presse mit der Betreuungssituation von Universitätsstädten verglichen und gelobt. Mit den Neubauten in den Hirtenwiesen und Altenmünster sichern wir auch weiterhin die hervorragende Kindergarten- und Kindertagesbetreuung. Wichtige Projekte konnten auch für unsere Jugend erzielt werden. Crailsheim war Vorreiter in der Region, als es um

freies WLAN auf dem Marktplatz ging. Darüber hinaus steht auch das Jugendzentrum im Sanierungsgebiet und der Erhalt des Gebäudes weiterhin an vorderster Stelle.

Einen Rückschlag in der Kulturarbeit war der gescheiterte Kauf des „Sternmannhauses“ nahe des Spitals. Dennoch wurde klar, dass die SPD die freiwilligen Leistungen der Stadt im kulturellen Bereich nicht eindampfen möchte, sondern stets ausbauen will.

Ganz besonders hat es uns hierbei gefreut, dass die Stadtbücherei an ihrer jetzigen Stelle eine deutliche Vergrößerung erlangen konnte und auch weiterhin eine große Rolle im Bewusstsein der Crailsheimer spielt.

Ein weiterer Punkt, der insbesondere die JUSOS umtrieben hat, ist die Attraktivität der Crailsheimer Bäder. Während das Goldbad in Goldbach saniert wurde, herrscht in Crailsheim noch Stillstand. Die Errichtung einer Rutschenlandschaft und eine Attraktivitätssteigerung der Bäder wurden bisher noch nicht umgesetzt – Fäden dürfen gesponnen werden. Kontrovers diskutiert wurden auch die Themen Infrastruktur und Vollsortimenter in der Innenstadt. Unser Antrag zur Langen Straße trieb nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Ladeninhaber um. Auch hier darf weiterhin munter diskutiert werden, wie wir die Crailsheimer Innenstadt für die Zukunft auf Vordermann bringen, den Einzelhandel stärken und erhalten!

Man sieht: Trotz der vielen bereits umgesetzten Projekte bleibt noch einiges in unserer Stadt zu tun. Insbesondere die Folgen der Flüchtlingskrise und des fehlenden sozialen Wohnungsbau werden uns als Kommune in nächster Zeit treffen. Packen wir es an!



Das Ehrenamt fordert

Staat und Gesellschaft müssen ehrenamtlich Tätige besser unterstützen

von Günther Herz

Die Bundesrepublik Deutschland ist stolz auf seine vielen ehrenamtlichen Helfer. Nur mit und durch sie funktioniert unsere Gesellschaft (noch) so gut. An vielen Stellen sind jedoch schon Auflösungserscheinungen sichtbar. Hier muss der Staat sehr schnell handeln, will man diesen Prozess rechtzeitig stoppen und womöglich auch noch umkehren.

Bereits heute haben Vereine, Verbände und Hilfsorganisationen erhebliche Probleme, die Nachfolge ihrer Vorsitzenden zu sichern. Viele ehrenamtlich geführte Einrichtungen leiden hierunter. Auflösung oder Fusion mit professionell geführten Einheiten sind die Folge. Ohne einen Steuerberater bzw. einen Juristen beratend an der Seite zu haben, ist ein Vorsitz durch einen Ehrenamtlichen nicht mehr zu führen. Größere Funktionseinheiten haben längst erkannt, dass hier professionelle Strukturen notwendig sind, um den vielen ehrenamtlich Tätigen ein gut organisiertes Umfeld für ihre Arbeit zu schaffen.

Jedoch erschweren ordnungspolitische Auflagen der Kommunen, der Länder und des Bundes diese wichtige Arbeit zusätzlich.

Hier kann die Kommune schon helfend eingreifen, in dem sie die Kosten der oft hohen Auflagen teilweise oder ganz übernimmt, bzw. die Auflagen auf ein notwendiges Maß zu reduzieren. Auch der Tag des Ehrenamts sollte nicht nur im Kalender stehen, sondern in jeder Kommune mit Aktionen, Auszeichnungen und finanziellen Anreizen durchgeführt werden.

Es kann nicht sein, dass man in der Bewerbung sein ehrenamtliches Engagement weglässt, um überhaupt die neue Arbeitsstelle zu bekommen. So weit ist es zwischenzeitlich schon gekommen. Es ist auch zu überlegen, ob man den Steuerfreibetrag für ehrenamtlich Tätige erhöhen sollte, damit die dauerhaft Engagierten wenigstens ein kleines Entgelt bekommen können. Ein anderer Ansatz, insbesondere für die vielen Hilfsdienste, die oft zugunsten der ehrenamtlichen Tätigkeiten auf eine berufliche Karriere verzichten, wäre ein Ausgleich in der Rentenversicherung ähnlich den Erziehungszeiten anzudenken. Auch die Einführung eines Pflichtjahres für alle Jugendlichen nach dem Berufsabschluss wäre ein Ansatz, um die Strukturen ehrenamtlicher Einrichtungen zu stärken. Ehrenamtliche sollten nicht die Melkkühe der Nation sein, die den Staat aufopferungsvoll in seinen Pflichtaufgaben und in den Freiwilligkeitsleistungen entlasten, sondern anerkannte und geförderte Mitglieder der Gesellschaft sein.

Ehrenamt in den Fokus!

von Gernot Mitsch

Wenig beachtet von den Medien arbeiten viele Crailsheimerinnen und Crailsheimer in vielen Bereichen wie Sportvereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen - vor allem - ehrenamtlich mit.

Ihnen geht es nicht darum, in der Öffentlichkeit zu stehen, ihnen geht es um die Sache. Sie betreuen Flüchtlinge, organisieren die Städtepartnerschaften, opfern viel Freizeit als Vorsitzender oder Kassenwart. Manch eine oder einer blickt da locker auf ein paar Jahrzehnte Vereinsarbeit.

Die Stadt Crailsheim zeichnet besonders verdienstvolle Ehrenamtliche mit einem Bronzenen, Silbernen oder Goldenen Horaff aus. In den letzten Jahren haben viele Kommunalpolitiker diese Auszeichnung erhalten. Das geht in Ordnung! Doch gibt es neben der nicht immer vergnügungssteuerverpflichtigen Kommunalpolitik noch viele andere Tätigkeitsfelder und wie schon gesagt viele Ehrenamtliche, deren Arbeit längst öffentliche Anerkennung in Form eines Horaffs in Edelmetall verdient haben.

Hier besteht Handlungsbedarf!



In Zeiten schwieriger politischer Entscheidungen und einer kritischen europapolitischen Lage schwingen extreme politische Kräfte auf einen Zug auf und wollen sich als Vertreter des Volkes verstehen.

Die SPD zeigt mit ihrer Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ klare Kante gegen Rechtsextremismus, Panikmache und Hetze!

Sie finden die Kampagne toll? Sie möchten nachschauen, welche Prominenten und welche Personen die SPD-Kampagne unterstützen? Weitere Informationen finden Sie hierzu unter:

www.stimmefuervernunft.de